

DEUTSCHLAND

Preisringen

Mit dem Holzhammer

Auf der Frankfurter Matte spielt Westdeutschlands Champion Erhard noch immer den starken Mann. Bisher haben ihn alle Ueberwurf-Griffe von links und rechts nicht auf die Schulter zwingen können. Trotzdem mehren sich die Pfui-Rufe, mit denen sein wirtschaftlicher Freistil von den Zuschauern quittiert wird.

Nur um acht Stimmen war der Rechte-Flügel-Ruf nach höheren Fleisch- und Getreidepreisen im Frankfurter Wirtschaftsrat lauter als die durch Sozialisten und Kommunisten vertretene Stimme des konsumierenden Volkes. (Der Getreidepreis steigt danach um 20 Prozent, die Fleischpreise steigen von 26 Prozent bei Rindfleisch bis 38 Prozent bei Schweinefleisch).

Das Zweimächtekontrollamt hat schon genehmigt. Ab Montag gelten die erhöhten Preise. Für früher abgeliefertes Fleisch und Getreide bekommen die Bauern die Differenz zwischen alten und neuen Preisen nachgezahlt. Säumige Agronomen sollen keine Vorteile haben.

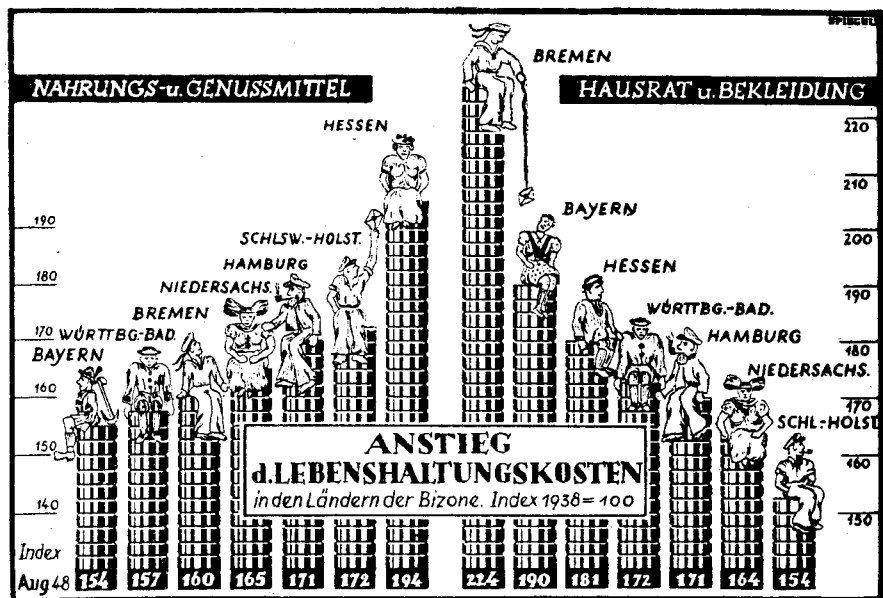
Erhards Antrag auf Erhöhung der Eisenpreise um durchschnittlich 19 D-Mark pro Tonne, sowie der Gas- und Strompreise um 6 Pfennig pro Kubikmeter wurde von den Frankfurtern in seltener Eintracht abgelehnt. Auch von den Regierungsparteien.

Westdeutschlands Eisenindustrielle protestieren dagegen, daß in Frankfurt derart wichtige wirtschaftliche Entscheidungen „unter rein politischen Gesichtspunkten“ verhandelt werden. Die JEIA erklärte sich bereit, der westdeutschen Eisenindustrie die Auslandserze noch zu den überholten billigen Preisen auszuliefern. Den Eisenmännern ist das nur ein schwacher Trost.

Die Dinkelbach-umplätschten Eisenwerke sind schon seit Monaten nur durch Kreditzuschüsse lebensfähig. Etwa 100 000 D-Mark gehen angeblich pro Monat an jedes entflochtene Werk. „Wenn die Betriebe ohne Preiserhöhung nicht über Wasser gehalten werden können, ist das System der Dekartellisierung änderungsbedürftig“, kombiniert der industrielle CDU-Flügel. „Die Vertreter der Industrie wollen den Zusammenbruch der Werke herbeiführen, um dadurch gegen die Dekartellisierung zu protestieren und die Daseinsberechtigung der Kartelle nachzuweisen“, kombinieren SPD- und Gewerkschaftsvertreter.

Ausgenommen den preisgebundenen Agrarsektor gehen Erhards Preisspiegel-Fechtereien weiter. Nach der Gruppe Hausrat werden jetzt für die Möbelindustrie Preisrichtsätze ausgearbeitet. Mit der Fleisch- und Getreide-Verteuerung wird die Preisschere zwischen Industrie und Landwirtschaft um 1,4 Milliarden DM Jahresmehrtrag für die Bauern zusammengerückt. „Das reicht erst mal“, erklärte Schlange-Freund Landwirtschaftsminister Dr. Gereke (CDU) bei fettem Schweinebraten in der Celler Residenz-Gaststätte nach Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung Niedersachsens.

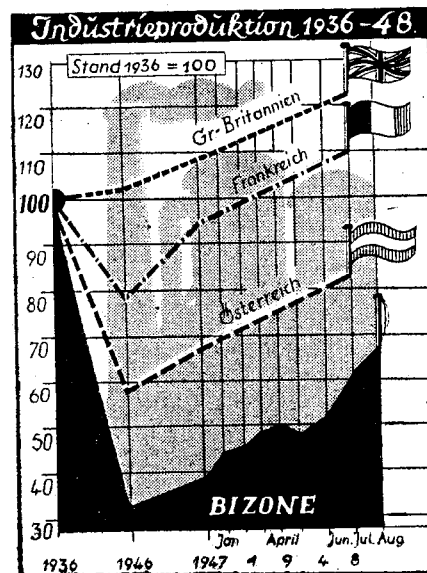
„Uns reicht es auch“, verkündete der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Böckler. Nach seinen Statistiken ist bisher nur ein Drittel der Lohn- und Gehaltsempfänger von der 15prozentigen Einkommenssteigerung erfaßt worden. Die Wochenverdienste lägen nur um 5 Prozent höher als 1938. Rund 5 1/2 Millionen Renten- und Unterstützungsempfänger würden von jeder Preis- und Lohnsteigerung nur als die



Leidtragenden betroffen. Für eine fünfköpfige Familie verteuern sich die Monatsrationen an Brot, Nahrungsmittel und Fleisch durch die neuen Preissetzungen um 4.93 DM.

Der kommunistische Abgeordnete Dr. Kroth versicherte „diesen Millionen Leidenden“, man werde sich im Wirtschaftsrat noch oft über die Fragen der Preispolitik unterhalten. „Aber nicht mit dem Florett, wie Präsident Köhler meint, sondern mit dem Holzhammer“. SPD-Kriedemann forderte energisch eine „Kontrolle aller lebenswichtigen Rohstoffe und Waren in Erzeugung und Verteilung“. Nach Ablehnung von Erhards Eisen- und Gas-Vorschlägen scholl es aus den sozialistischen Reihen: „Rücktritt der Verwaltung!“ Präsident Köhler winkte ab. Dieser Punkt stehe nicht auf der Tagesordnung.

„Hätten wir hier eine wirkliche Regierung, so wäre nicht nur der Rücktritt, sondern auch die Ausschreibung von Neuwahlen fällig“, schreibt die sozialistische Presse. Schlange-Schöningsens Geständnis, Nutzvieh und Eier seien seiner Kontrollhand entglitten, wird weidlich ausgeschlachtet.



„Zur Regulierung“ dieses Fehlers führte Schlange für Eier Höchstpreise (30 Dpf.) und Stempelzwang ein. „Wenn wir die uns vom Ausland für 18 Dpf. angebotenen Eier einführen dürften, wären die Eierpreise kein Problem mehr. Aber wir dürfen nicht.“

Professor Erhard betont, eine Verständigung zwischen der Wirtschaftsauffassung der SPD und seiner eigenen sei „durchaus möglich“. Er bejahe sogar in gewissem Rahmen die Notwendigkeit der Planwirtschaft. Sein Standard-Massenprogramm soll der große Schritt auf dem Kompromißwege sein. Zum Studium des britischen Utility-Programms schickte Erhard eine Kommission nach England. Sie sollte nach Nutzenanwendungen für Westdeutschland forschen.

Die Briten produzieren 75 Prozent aller Konsumgüter im Utility-System. (Während des Krieges 90 Prozent). Es umfaßt 34 Warengruppen mit etwa 11 000 Artikeln; hauptsächlich Textilien, Bekleidung und Hausrat. Die Produktionsplanung ist verbunden mit der Purchase-Tax (Kaufsteuer) und einer kompletten Preiskontrolle. Durch Steuervergünstigungen und Massenplanung sind die typisierten Utility-Waren mindestens 33 Prozent, oft bis zu 100 Prozent billiger als die übrigen englischen Erzeugnisse. Tatkräftigen Utility-Produzenten wird durch größere Rohstoffzuteilungen ein größerer Umsatz zugeschanzt.

In Westdeutschland soll das Massenerstellungsprogramm mit Ausschreibungen (Submissionen) anlaufen, um den Aufbau einer komplizierten Organisation zu vermeiden. Die frühesten Liefertermine liegen im Frühjahr 1949. Nach Berechnungen der „dorland“-Fachleute würden die 6400 Kilometer im Rahmen dieses Programms vorgesehenen Stoffe gerade ausreichen, um jedem 40. Bizonenbürger ein Kleidungsstück zu sichern.

Das Standardprogramm ist Erhards „gardez“ an das profitstüchtige Unternehmertum Westdeutschlands. Sein laissez-faire ist oft nicht das der Produzenten. Sie versuchen stellenweise durch neue Hortungen und Kartell-Abreden einen preisdrückenden Wettbewerb von vornherein auszuschalten.

Erhard braucht das Utility-Programm in der kommenden Wahlpropaganda als Gegengift für die stimmenfressenden Preissteigerungen. Er braucht es bald, weil ihm sonst die Gewerkschaften (auch die christ-

Hohen) ihre Unterstützung oder Neutralität aufkündigen. Die Gewerkschaftsvertreter haben einen Verteilungsplan ausgearbeitet, nach dem die Fertigprodukte aus dem Standardprogramm durch ihre Funktionäre in den Betrieben verteilt werden könnten. Dadurch soll die Handelsspanne eingespart werden.

Auch die Textil-Experten untereinander zerren an dem Erhard-Tuch herum. Die Spinnereien und Webereien weigern sich, mit der Tuchfertigung vor dem 25. Oktober zu beginnen. Bis dahin müßten sie sich beraten. (Am 17. Oktober sind in Nordrhein-Westfalen die Gemeindewahlen.) Die tuchverarbeitende Bekleidungsindustrie soll bis dahin warten.

Zwangsläufig werden die ausgeschriebenen Aufträge nur an Großbetriebe der Textilindustrie verteilt werden. Die erforderlichen 20 Prozent Baumwollrohstoffe der Bizonenzuteilung gehen den kleineren Betrieben, in denen schon jetzt mangels Nachschub im Schrittempo gearbeitet wird, verloren. Dadurch entsteht in wenigen Verwaltungsstellen und Firmen eine Produktions- und Verkaufskonzentration, die das Herz jedes sozialistischen Planwirtschaftlers höher schlagen ließe.

Erhards neuer Kurs zielt auf eine Erhöhung der Kaufkraft durch Herabdrücken der Industriepreise ab. (Vor allem der Kohlenpreis von 32,50 DM soll gesenkt werden.) Letzter Rettungsanker für die westdeutsche Preispolitik wäre die Verwendung der D-Mark-Gegenleistungen für Marshallplan-Güter, die auf einem Frankfurter Sonderkonto blockiert gehalten werden.

Zur Stützung des Kabinetts Queuille und der französischen Währung gaben die USA für Frankreich nach der ersten Rate von 45 Mrd. Francs am Dienstag auch die restlichen 45 Mrd. frei. Den westdeutschen ERP-Kontoauszug halten die Amerikaner noch unter Verschluss.

Weil ich sie gut kannte

Bindegarn

Im fünften Stock eines Geschäftshauses von Connecticut Avenue 800 in Washington wurde der Marshall-hungrigen Bizone mit reichlich bemessener Verspätung der erste Segen erteilt: Die Deutschen sollen endlich ihre Marshallplan-Güter bekommen.

Auf 99,5 Millionen Dollar hatte die deutsche Anforderung für das erste 90-Tageprogramm vom 1. April bis zum 30. Juni 1948 gelaute (das Marshall-Rechnungsjahr beginnt am 1. Juli, für die Zeit bis dahin war die Ueberbrückungshilfe gedacht). „95 Prozent gleich, den Rest später“, entschied Paul G. Hoffman, Präsident der Economic Cooperation Administration (ECA), der amerikanischen Verwaltung für die Europahilfe, als er Anfang Oktober endlich unterschrieb.

Drei Monate vorher schon hatte er verkündet, der Strom von industriellen ERP-Gütern nach Europa werde sich Anfang Juli verbreitern und im Oktober zu einer Flut anschwellen.

„Ein großer Posten Bindegarn für 800 000 Dollar ist alles, was wir bekommen haben. Außer den Lebensmitteln natürlich, die wir durch das Kriegsministerium kriegen.“ Herbert Martini im Büro der deutschen Marshallplaner (Frankfurter Cassella-Haus) ist etwas gedrückt. „Im gewerblichen Sektor haben wir noch kein einziges Gramm bekommen.“

Er sieht den Grund für die Verzögerung in den komplizierten Windungen des Marshall-Füllhorns. „Protest wegen Unständigkeit des Verfahrens ist bereits in



Nichts als ein Leuchten ...
ERP-Hoffman

Washington eingelegt worden“, hatte OMGUS Berlin schon handschriftlich auf den sechs Schreibmaschinenseiten Marshallplan-Richtlinien vermerkt, als es das Dokument dem deutschen ERP-Dreigestirn Schniewind, Martini, Schalfjew überließ.

Viele Hürden müssen die deutschen Marshallnehmer nehmen, bevor ihre Anforderungen auf Hoffmans Schreibtisch in Washington gelegt werden. Ganze Nächte hindurch brennt in der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft (VfW) in der Höchster McNait-Kaserne Licht, wenn der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates die deutschen Materialanforderungen zusammenstellt.

Ausschuß-Vorsitzender ist Dr. Eduard Schalfjew. Seine früheren Kollegen aus dem preußischen Ministerium für Handel



... In den Augen
Schniewind erbt

und Gewerbe, Schniewind und Martini, sind nur selten da. Und auch dann nur, um sich kurz zu informieren. Denn sie sind die übergeordnete deutsche Instanz für die höchsten alliierten Experten und für Pünder.

Im Frühjahr verlangten die Militär-Gouverneure, Pünder solle ein Koordinierungsbüro für den Marshallplan beim Verwaltungsrat einrichten. Der Bizonen-Ober erinnerte sich sogleich seines alten Kölner Schulkameraden, Duzfreundes und Gefängnisgenossen aus der Hitlerzeit. Otto Schniewind nahm ohne Bedenken an.

„Aber“ ehrenhalber, „um mich nicht festzulegen.“ Der 61jährige Rheinländer, der Wert darauf legt, als „einer der Ueberlebenden des Kabinetts Görden“ zu gelten, will nämlich trotz seiner ERP-Belastungen sein Hauptgeschäft als Bankier bei Seiler & Co. in München nicht aufgeben. Nach dem Arisierungsprozeß zählte dort auch Hermann Göring zu seinen Kunden.

Als das Marshall-Büro eingerichtet war und die Frage eines Vertreters im Amt akut wurde, entsann sich Otto Schniewind seines Freundes Martini, Finanzberater bei der Hamburger Börse. Jetzt ist Martini bei der Verwaltung für Wirtschaft, Abteilung Geld und Kredit, und hat einen Privatstellungsvertrag „als bescheidener Assistent“ des langen Bankiers.

Von ihrem Büro mit den acht ERP-Leitzordnern im Vorzimmer (Heft J D 8, ERP-Presseinformationen, ist noch leer) gehen die deutschen Anforderungen zum 6. Stock im amerikanischen Hauptquartier, I. G. Farben-Hochhaus, Frankfurt. Im Zimmer 630 prüfen Jeia-, Bico- und Mil.-Gov.-Experten die deutschen Pläne im ERP-Sekretariat der Militär-Regierung und bringen sie mit den Forderungen der Militärgouverneure in Einklang. Ihnen steht frei, die von den Deutschen vorgeschlagene Summe zu kürzen oder zu erhöhen.

Das letzte Wort über die ERP-Ansprüche der Bizone in Deutschland hat dann 3 Stockwerke tiefer ein graumeliertes früherer Kapitän der US-Navy. „Economic Cooperation Administration — Deputy Special Representative for Bizonia“ steht seit drei Wochen auf dem Pappschild an der Tür. Länger ist Norman H. Collisson noch nicht in Deutschland.

Botschafter Averell Harriman, der Sonderbeauftragte Hoffmans für den Marshallplan in Europa, der auch gleichzeitig Beauftragter für die Bizonen-Marshallpläne ist, hat in Paris genug zu tun. Collisson soll für ihn ein Auge auf die Wünsche der drei Westzonen werfen.

Er brachte sich eine Kopie der Marshallplan-„Verfassung“, sechs Experten und Einspruchsrecht gegen die deutschen Vorschläge aus Washington mit. Für die französische Zone (ohne Saargebiet) will er ein Büro in Baden-Baden einrichten.

Von Collissons Schreibtisch gehen die Formulare Nr. 21, auf denen die Materialanforderungen eingetragen sind, zur „bizonalen Gesandtschaft“. So wird die deutsche Delegation beim O. E. E. C. kurzerhand genannt. (O. E. E. C. = Organisation for European Economic Cooperation = Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit in Paris. Darin sind die 16 Marshallplan-Staaten, die Bizone, die französische Zone und das Gebiet von Triest vertreten.)

Die neunköpfige Pariser Bi-Delegation (vier Amerikaner, drei Briten und zwei Deutsche) hatte es manchmal schwer. Harriman selbst mußte sie beim O. E. E. C. beschützen und zum erstenmal ein amerikanisches Machtwort im ERP sprechen,